



Geschäfte des EFD 2018

2. Quartal

Bundesfinanzen

- **Nachtragsverfahren:** Im Nachgang zum Expertenbericht Schuldenbremse hat der Bundesrat eine Vereinfachung beim Nachtragsverfahren beschlossen. Dadurch sollen die Budgetunterschreitungen verkleinert werden. Bis Ende März 2019 erstellt das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) ergänzend einen Bericht über die Entwicklung der Budgetunterschreitungen. Auf dieser Basis will der Bundesrat dann das weitere Vorgehen in Bezug auf eine allfällige Ergänzung der Schuldenbremse diskutieren. (11.4.)
- **Konsolidierte Rechnung Bund:** Der Bundesrat hat die konsolidierte Rechnung für das Jahr 2017 genehmigt. Die Konsolidierte Rechnung Bund (KRB) schliesst mit einem Jahresergebnis von 9,1 Milliarden Franken ab. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Zunahme von 3,8 Milliarden Franken. Dabei erzielten alle drei Segmente (Bundesverwaltung, Unternehmen, Sozialversicherungen) ein positives Ergebnis. (12.4.)
- **Finanzausgleich:** Die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) hat die Ausgleichszahlungen der einzelnen Kantone für das Jahr 2019 ermittelt. Insgesamt steigen sie gegenüber dem Vorjahr um 132 Millionen auf gut 5,2 Milliarden Franken an. Die stärkste Zunahme des Ressourcenindex verzeichnen die Kantone Obwalden, Appenzell Innerrhoden und Zug. Die Indizes der Kantone Neuenburg, Solothurn und Aargau weisen den grössten Rückgang auf. Die Berechnungen werden den Kantonen zur Stellungnahme unterbreitet. (19.6.)
- **Budget:** Der Bundesrat hat den Voranschlag 2019 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2020-2022 materiell verabschiedet. Im Voranschlag 2019 erwartet er einen Überschuss von 1,3 Milliarden, der sich zum einen mit den hohen Einnahmen aus der Verrechnungssteuer, zum andern aber auch mit im letzten Jahr vom Volk abgelehnten Reformen erklärt. Das vom Ständerat verabschiedete Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) führt ab dem voraussichtlichen Inkrafttreten im Jahr 2020 wieder zu einer angespannten Haushaltlage. (27.6.)

Vom Bundesrat verabschiedete / angeordnete EFD-Botschaften

- **DBAs mit Ecuador und Sambia:** Der Bundesrat hat die Botschaften zu einem Änderungsprotokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Ecuador sowie zu einem neuen DBA mit Sambia verabschiedet. Beide Botschaften wurden an die eidgenössischen Räte überwiesen. (18.4.)
- **Kinderdrittbetreuung:** Die Steuerabzüge für die externe Kinderbetreuung sollen erhöht werden. Das hat der Bundesrat beschlossen. Die Botschaft geht nun ans Parlament. (9.5.)
- **AIA:** Der Bundesrat hat die Botschaft zur Genehmigung der Abkommen über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (AIA) mit Singapur und

Hongkong verabschiedet. Mit derselben Botschaft schlägt der Bundesrat dem Parlament die Einführung des AIA mit weiteren Finanzplätzen vor. (9.5.)

- **Immobilienbotschaft:** Der Bundesrat hat die Botschaft 2018 über die zivilen Immobilien verabschiedet. Er beantragt darin dem Parlament einen Gesamtkredit «Zivile Bauten» von 127,9 Millionen Franken. Dieser umfasst den Neubau einer Ausbildungshalle in Magglingen, die Gesamtanierung des Kanzleigebäudes in Washington DC sowie einen Rahmenkredit. (16.5.)

Vom Bundesrat eröffnete Vernehmlassungen zu EFD-Geschäften

- **Geldwäschereigesetz:** Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Änderung des Geldwäschereigesetzes (GwG) eröffnet. Die Vorlage trägt den wichtigsten Empfehlungen des Länderberichts der Financial Action Task Force (FATF) über die Schweiz Rechnung und erhöht die Integrität des Finanzplatzes. Gleichzeitig veröffentlichte die interdepartementale Koordinationsgruppe zur Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung (KGGT) ihren Bericht zu Geldwäschereirisiken bei juristischen Personen. (1.6.)
- **Bankenverordnung:** Das Parlament hat am 15. Juni 2018 – zusammen mit dem Finanzdienstleistungs- und dem Finanzinstitutsgesetz – Bestimmungen zur Innovationsförderung in das Bankengesetz aufgenommen. Eine neu geschaffene Bewilligungskategorie wird es Unternehmen, die keine Banken sind, ermöglichen, Publikumseinlagen im Wert von bis zu 100 Millionen Franken entgegenzunehmen. Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hat eine Vernehmlassung eröffnet, um die Bankenverordnung entsprechend anzupassen. (21.6.)

Internationales

- **Besuch in Japan:** Bundesrat Ueli Maurer weilte zu einem Arbeitsbesuch beim japanischen Vizepremierminister und Finanzminister Taro Aso. Die Amtskollegen erörterten bei ihrem Treffen in Tokio bilaterale und multilaterale Themen im Finanzbereich erörtern. (4.4.)
- **Israelischer Finanzminister:** Der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) Ueli Maurer empfing Israels Finanzminister Moshe Kahlon auf Besuch in Zürich. Bundesrat Ueli Maurer und Finanzminister Moshe Kahlon tauschten sich über verschiedene Finanz- und Steuerthemen von gemeinsamem Interesse aus. (17.4.)
- **Frühjahrstagung von IWF und Weltbank:** Bundesrat Ueli Maurer als Schweizer Delegationsleiter, Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann und Thomas Jordan, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, nahmen an der gemeinsamen Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbankgruppe in Washington teil. (22.4.)
- **Aussenhandel:** Im schweizerischen Aussenhandel setzte sich saisonbereinigt der positive Trend der Vorquartale im Startquartal 2018 fort; zugleich registrierten beide Handelsrichtungen neue Rekordwerte. Während die Exporte um 0,2 Prozent stiegen, legten die Importe um 4,1 Prozent zu. Das unterschiedliche Wachstumstempo zwischen Exporten und Importen führte in der Handelsbilanz zum niedrigsten Überschuss seit viereinhalb Jahren. (24.4.)
- **Terrorismusfinanzierung:** Bundesrätin Sommaruga nahm in Paris an einer internationalen Konferenz zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung teil. Sie wurde dabei vom Staatssekretär für internationale Finanzfragen, Jörg Gasser, begleitet. (26.4.)
- **ASEM-Finanzministertreffen:** Bundesrat Ueli Maurer nahm am 13. Finanzministertreffen des Asia-Europe Meeting (ASEM) in Sofia teil. Zudem eröffnete er ein Trainingszentrum zur Aus- und Weiterbildung bulgarischer Polizisten im Zusammenhang mit dem Schweizer Beitrag an die erweiterte EU. (26.4.)

- **DBA mit Brasilien:** Die Schweiz und Brasilien haben in Brasilia ein Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen unterzeichnet. Es wird eine für die weitere Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen und der steuerlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten förderliche Rechtssicherheit schaffen. (3.5.)
- **SIA:** Die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) hat erstmals Informationen über Steuervorbescheide an die Partnerstaaten des spontanen Informationsaustausches (SIA) übermittelt. (8.5.)
- **Finanzplatz:** Der Wirtschafts- und Finanzstandort Schweiz befindet sich in einem zunehmend intensiveren internationalen Standortwettbewerb. Den guten Rahmenbedingungen in der Schweiz ist Sorge zu tragen und entsprechend ist das steuerliche und regulatorische Umfeld des Finanzplatzes laufend zu überprüfen. Der Bundesrat hat sich über die entsprechenden Arbeiten des Forums Finanzmarktpolitik informieren lassen. (9.5.)
- **Kamerun:** Bundesrat Ueli Maurer empfing den kamerunischen Finanzminister Louis Paul Motaze zu einem Arbeitsbesuch in Bern. Die beiden Finanzminister besprachen Finanz- und Steuerfragen. (4.6.)
- **Besuch in Berlin:** Bundesrat Ueli Maurer weilte in Berlin zu einem Arbeitsbesuch bei seinem deutschen Amtskollegen Olaf Scholz. Erörtert wurden beim Treffen bilaterale und internationale Finanz- und Steuerfragen. (6.6.)
- **Börsenäquivalenz:** Der Bundesrat setzt sich dafür ein, dass die Europäische Kommission die Börsenäquivalenz, die sie der Schweiz im Dezember 2017 nur für ein Jahr gewährt hat, unbefristet verlängert. Der Bundesrat hat für den Fall, dass die Börsenäquivalenz nicht verlängert werden sollte, eine Eventualmassnahme zum Schutz der Schweizer Börseninfrastruktur beschlossen. Er wird diese nur bei Bedarf in Kraft setzen. (8.6.)
- **Grenzübergänge:** Der Pilotversuch für eine nächtliche Schliessung kleinerer Grenzübergänge im Tessin hatte keine merkliche Auswirkung auf die Kriminalitätsrate. Es gibt auch keine Hinweise, dass eine flächendeckende Anwendung die grenzüberschreitende Kriminalität senken könnte. Der Bundesrat hat deshalb beschlossen, andere Massnahmen zu ergreifen. (15.6.)
- **Länderbezogene Berichte:** Ende Juni verschickt die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) erstmals länderbezogene Berichte von multinationalen Konzernen an 35 Partnerstaaten. Der Versand erfolgt im Rahmen des sogenannten Country-by-Country-Reportings. (18.6.)
- **Botschaft in Peking:** Für den Neubau einer integrierten Botschaft am Standort der Schweizer Vertretung in Peking hat das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) einen Projektwettbewerb durchgeführt. Als Gewinner ging ein Lausanner Team hervor. Eine Ausstellung präsentiert die eingereichten Wettbewerbsentwürfe. (18.6.)
- **Besuch in Wien:** Bundesrat Ueli Maurer weilte in Wien zu einem Arbeitsbesuch bei seinem österreichischen Amtskollegen Hartwig Löger. Erörtert wurden beim Treffen bilaterale Themen der Schweiz mit der EU im Finanz- und Steuerbereich. Die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Österreich sind auf allen Ebenen eng und von gegenseitigem Vertrauen geprägt. (29.6.)
- **Achtelfinal Schweiz-Schweden:** Nachdem Bundespräsident Alain Berset und Sportminister Guy Parmelin die Schweizer Fussball-Nationalmannschaft je in einem Gruppenspiel an der Fussball-WM in Russland besuchten, reist nun Bundesrat Ueli Maurer an den Achtelfinal zwischen der Schweiz und Schweden nach St. Petersburg. (29.6.)

Weitere EFD-Geschäfte

- **PUBLICA:** Die Pensionskasse des Bundes PUBLICA blickt auf ein überdurchschnittlich erfolgreiches Geschäftsjahr 2017 mit einer Netto-Gesamtrendite von 6,75 Prozent (Vorjahr 5,06 Prozent) und einem Gesamtdeckungsgrad von 107,1

Prozent (Vorjahr 102,9 Prozent) zurück. Keines der 20 Vorsorgewerke befand sich per Ende 2017 in Unterdeckung. Die Verwaltungskosten konnten 2017 auf 170 Franken pro versicherte und rentenbeziehende Person weiter gesenkt und die gesamten Vermögensverwaltungskosten mit 0,20 Prozent der Vermögensanlagen tief gehalten werden. Das hohe Niveau der Kundenzufriedenheit wurde auch 2017 bestätigt. Die in den Geschäftsjahren 2016 und 2017 vorbereitete Anpassung der technischen Parameter an die demografischen und wirtschaftlichen Entwicklungen wurde von der Kassenkommission PUBLICA im Januar 2018 definitiv beschlossen und zur Umsetzung per 1. Januar 2019 freigegeben. (4.4.)

- **Quellenbesteuerung:** Das am 16. Dezember 2016 verabschiedete Bundesgesetz über die Revision der Quellenbesteuerung des Erwerbseinkommens tritt zusammen mit mehreren darauf basierenden Verordnungsänderungen am 1. Januar 2021 in Kraft. Das hat der Bundesrat beschlossen. Damit erhalten die Kantone und die Wirtschaft genügend Zeit, um die notwendigen Anpassungen vorzunehmen. (11.4.)
- **Olympioniken:** Der Vizepräsident des Bundesrates, Finanzminister Ueli Maurer, und Sportminister Guy Parmelin empfingen zusammen mit Ständeratspräsidentin Karin Keller-Sutter und Nationalratspräsident Dominique de Buman die Medaillen- und Diplomgewinnerinnen und -Gewinner der Olympischen Winterspiele 2018 und der Paralympischen Winterspiele 2018 im Bundeshaus. Bundesrat Ueli Maurer gratulierte den Athletinnen und Athleten im Namen der Landesregierung zu ihren herausragenden Resultaten bei ihren Einsätzen in Pyeongchang. (11.4.)
- **Vollgeld-Initiative:** Der Bundesrat lehnt die Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)» ab. Bundesrat Ueli Maurer legte die Gründe für die Ablehnung dar. Die Schweiz würde bei Annahme der Initiative zum Experimentierfall für ein unnötiges und riskantes Vorhaben. Der Bankensektor würde geschwächt und die Schweizerische Nationalbank (SNB) stärker unter politischen Druck geraten. (17.4.)
- **IKT-Strategie:** Der Bundesrat hat den Masterplan 2018 zur aktuellen IKT-Strategie des Bundes gutgeheissen. Der Masterplan legt neben den Meilensteinen zur Strategieumsetzung bis 2019 eine grundlegende Ausrichtung zur Weiterentwicklung der IKT fest. Diese rückt die Positionierung der Bundesinformatik bei der Digitalisierung ins Zentrum. (18.4.)
- **Cyber-Risiken:** Mit der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken 2018-2022 trägt der Bundesrat der gestiegenen Bedeutung von Cyber-Risiken Rechnung. Die Strategie, die der Bundesrat verabschiedet hat, zeigt auf, wie der Bund gemeinsam mit der Wirtschaft, den Kantonen und den Hochschulen den Cyber-Risiken begegnen will und welche Massnahmen dazu in den nächsten fünf Jahren umgesetzt werden sollen. (19.4.)
- **PUBLICA:** Am 25. Januar 2018 hat die Kassenkommission PUBLICA beschlossen, den technischen Zinssatz per 1. Januar 2019 zu senken. Mit der Senkung des Zinssatzes sinken auch die zu erwartenden Altersleistungen der Versicherten. Die Kassenkommission und die paritätischen Organe der einzelnen Vorsorgewerke haben deshalb Abfederungsmassnahmen beschlossen. Der Bundesrat hat die dafür notwendigen Änderungen in den Anschlussverträgen genehmigt. (25.4.)
- **MELANI:** Der 26. Halbjahresbericht der Melde- und Analysestelle Informationssicherung (MELANI) befasst sich mit den wichtigsten Cyber-Vorfällen der zweiten Jahreshälfte 2017 im In- und Ausland. Im Fokus stehen unter anderem der verbreitete Einsatz von Crimeware sowie Angriffe auf industrielle Kontrollsysteme im medizintechnischen Bereich. Die Häufung von Datenabflüssen und deren Auswirkungen werden im Schwerpunktthema beleuchtet. (26.4.)
- **Sondermünzen:** Die Eidgenössische Münzstätte Swissmint lancierte zwei neue Sondermünzen für Sammler und Liebhaber. Die Goldmünze «Wilhelm Tell» ist dem wohl berühmtesten Schweizer gewidmet, während Swissmint mit der Silbermünze Dampfschiff «La Suisse» die im Jahre 2017 gestartete dreiteilige Serie «Schweizer Dampfschiffe» fortführt. (26.4.)

- **E-Government:** Der von Bundesrat Ueli Maurer geleitete Steuerungsausschuss hat sich zur Stossrichtung für die zukünftige E-Government-Strategie Schweiz per 2020 geäußert. Der Steuerungsausschuss hat weiter den Jahresbericht 2017 genehmigt. (1.5.)
- **ESTV:** Die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) erzielte im Jahr 2017 einen Steuerertrag von 54,68 Milliarden Franken. Zur Sicherung führte die ESTV Tausende von Steuerverfahren, Prüfungen und Strafverfahren durch, über die der ESTV-Tätigkeitsbericht 2017 erstmals detailliert Auskunft erteilt. Durch die Arbeit der ESTV hat sich der Steuerertrag des Bundes um mehr als 1,5 Milliarden Franken erhöht. (14.5.)
- **EZV-Standort in Delémont:** Mit der Einweihung des neuen Standorts der «Abteilung Alkohol und Tabak» in Delémont unterstreicht die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) ihre Verbundenheit mit dem Kanton Jura. Die Eröffnung fand im Beisein der stellvertretenden Direktorin EZV und Chefin ZOLL, Michaela Schärer, der Kantonsregierung und dem Stadtpräsidenten von Delémont statt. Mit dem Transfer von 60 qualifizierten Arbeitsstellen leistet die EZV einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der regionalen Wirtschaft im Kanton. (22.5.)
- **Lohnungleichheit:** Die Bundesverwaltung hat die Löhne ihrer Mitarbeitenden auf allfällige, nicht erklärbare Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern überprüft. Die Überprüfung hat ergeben, dass die Lohnungleichheit in allen Departementen und Verwaltungseinheiten gewährleistet ist. Sämtliche Ergebnisse, von welchen der Bundesrat Kenntnis genommen hat, liegen innerhalb der Toleranzschwelle von fünf Prozent. Die Löhne in der Bundesverwaltung entsprechen somit dem in der Bundesverfassung verankerten Grundsatz «gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit». (1.6.)
- **Kassenkommission PUBLICA:** Der Bundesrat hat Matthias Weber als neuen Arbeitgebervertreter in die Kassenkommission PUBLICA gewählt. Die Ersatzwahl wurde erforderlich, weil ein bisheriges Mitglied der Arbeitgebervertretung vorzeitig zurückgetreten ist. (8.6.)
- **Bundesasylzentrum Balerna/Novazzano:** Für einen Neubau für das Bundesasylzentrum in Balerna/Novazzano führt das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) einen offenen Projektwettbewerb durch. Am 15. Juni 2018 wird der Wettbewerb auf der elektronischen Beschaffungsplattform www.simap.ch ausgeschrieben. (14.6.)
- **Heiratsstrafe:** Von der Heiratsstrafe sind erheblich mehr Zweiverdienerhepaare betroffen als die Eidgenössische Steuerverwaltung bisher beziffert hat. Nicht berücksichtigt wurden bisher Zweiverdienerhepaare mit Kindern. Die Schätzung der finanziellen Auswirkungen in der Botschaft vom 21. März 2018 zur Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (Ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung, 18.034) bleibt hingegen gleich. Darüber wurde der Bundesrat informiert. Zudem hat Bundesrat Ueli Maurer eine externe Überprüfung angeordnet. (15.6.)
- **Kaderlohnreporting:** Im Kaderlohnreporting informiert der Bundesrat jährlich über die Entlohnung und weitere Vertragsbedingungen des obersten Kadern und der Leitungsorgane der bundesnahen Unternehmen und Anstalten. Er hat den Bericht über das Geschäftsjahr 2017 gutgeheissen. (15.6.)
- **Lohnsystem der Bundesverwaltung:** Der Bundesrat hat für das Lohnsystem der Bundesverwaltung Massnahmen für ein konsistentes Einreihungsgefüge beschlossen. Die Massnahmen sollen sicherstellen, dass vergleichbare Stellen über die gesamte Bundesverwaltung der gleichen Lohnklasse zugewiesen werden. Die Massnahmen treten nach der Anpassung der entsprechenden Rechtsgrundlagen am 1. Januar 2019 in Kraft. (20.6.)
- **Personalstrategie:** Die Bundesverwaltung als Arbeitgeberin rückt die Herausforderungen der Digitalisierung in den Fokus der neuen Personalstrategie: Der Bundesrat hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) beauftragt, die

Personalstrategie 2020 – 2023 in diesem Sinne bis Ende 2019 zu erarbeiten. Zudem hat der Bundesrat vom Umsetzungsstand der Personalstrategie 2016 – 2019 Kenntnis genommen. (27.6.)

- **E-Rechnungen:** Auf Anfang 2016 hat der Bund seine Lieferanten zur Einreichung einer elektronischen Rechnung verpflichtet. Seither konnte der Anteil der E-Rechnungen auf rund 60 Prozent erhöht werden. Über diese Entwicklung liess sich der Bundesrat informieren. Die Bundesverwaltung ist bestrebt, diesen Anteil weiter zu erhöhen, und akzeptiert neu auch PDF-Rechnungen per E-Mail. (27.6.)

Geschäfte des EFD in den eidgenössischen Räten

In der Sommersession verabschiedete Vorlagen

- **Verrechnungssteuer:** Wer in der Steuererklärung Einkünfte nicht deklariert hat, soll die Verrechnungssteuer trotzdem zurückerhalten, sofern er fahrlässig handelte. Der Nationalrat hat dieser Änderung zugestimmt. Er will indes erheblich weiter gehen als der Bundesrat: Eine Nachdeklaration soll nicht nur bis zum Ablauf der Einsprachefrist gegen die Veranlagung möglich sein, sondern auch noch danach. Zudem hat der Nationalrat eine Rückwirkung beschlossen. Finanzminister Ueli Maurer wies vergeblich darauf hin, dass die Bundesverfassung das nicht zulasse. (29.5.)
- **Steuerabzüge:** Nach dem Ständerat befürwortet auch der Nationalrat eine pauschale Besteuerung von privat genutzten Geschäftsautos. Er hat eine entsprechende Motion an den Bundesrat überwiesen und folgte damit der Empfehlung seiner Wirtschaftskommission. Die grosse Kammer sprach sich mit 117 zu 65 Stimmen bei einer Enthaltung dafür aus. Nur die Ratslinke sowie einige CVP-Vertreter lehnten den Vorstoss ab. Gemäss der nun überwiesenen Motion der ständerätlichen Verkehrskommission soll die gesamte private Nutzung über eine Pauschale besteuert werden. (29.5.)
- **Informationsaustausch:** Der Nationalrat hält es nicht für nötig, beim automatischen Informationsaustausch (AIA) den individuellen Rechtsschutz zu stärken. Er hat eine Motion aus dem Ständerat mit 122 zu 66 Stimmen abgelehnt. Diese ist damit erledigt. Für den Vorstoss sprach sich die SVP aus. Der geltende Rechtsschutz gehe nicht weit genug, argumentierte Thomas Matter (SVP/ZH). Die Mehrheit im Nationalrat kam aber wie der Bundesrat zum Schluss, dass das geltende Gesetz ausreichenden Schutz bietet für Personen, für welche die Übermittlung der Daten unzumutbare Nachteile zur Folge hätte. (29.5.)
- **Geldpolitik:** Der Ständerat hat sich gegen eine Standesinitiative des Kantons St. Gallen ausgesprochen, welche Schweizer Vorsorgeunternehmen von den Negativzinsen der Nationalbank ausnehmen will. Die Tiefzinspolitik der Notenbanken erschwere das Erwirtschaften genügender Renditen, um die Verpflichtungen der beruflichen Vorsorge zu erfüllen, argumentierte der Kanton. Die Ratsmehrheit zeigte Verständnis für das Anliegen, hielt jedoch entgegen, dass die Geldpolitik in der Verantwortung der Nationalbank liege. Paul Rechsteiner (SP/SG) entgegnete vergeblich, der Sinn der Negativzinsen sei die Stützung der Exportwirtschaft, aber nicht die Schwächung der Sozialwerke. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat. (30.5.)
- **Bundesfinanzen I:** Die Staatsrechnung 2017 sorgt für ungewöhnlich viel Gesprächsstoff. Nun sind die darin enthaltenen Rückstellungen und Fehlbuchungen im Nationalrat diskutiert worden. Schliesslich genehmigte der Rat die Rechnung. Er fügte aber dem Bundesbeschluss einen Artikel zu nachträglichen Korrekturen hinzu. Damit soll der Bundesrat beauftragt werden, die Buchungsfehler beim Vorliegen der

- definitiven Zahlen nachträglich in der Staatsrechnung zu korrigieren und der Bundesversammlung spätestens mit der Botschaft zur Rechnung 2018 zur Genehmigung vorzulegen. (31.5.)
- **Bundesfinanzen II:** Der Nationalrat hat sechs Nachtragskredite zum Budget 2018 von insgesamt 40 Millionen Franken genehmigt. Rund die Hälfte entfällt auf Investitionen für Bundesasylzentren. Diese können früher gebaut werden als geplant. Der Nachtrag I zum Voranschlag 2018 führte in der grossen Kammer zu keinen grossen Diskussionen. Einen Antrag auf Streichung eines Kredits im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) wurde bereits in der vorbereitenden Finanzkommission abgelehnt und kam im Plenum nicht mehr aufs Tapet. (31.5.)
 - **Bundesfinanzen III:** Wie im Nationalrat haben die in der Staatsrechnung 2017 enthaltenen Rückstellungen und Fehlbuchungen auch im Ständerat für Gesprächsstoff gesorgt. Schliesslich genehmigte das Parlament die Vorlage mit einer Anpassung. Anlass zu Diskussionen gab insbesondere die Kritik der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) wegen Fehlbuchungen und Bewertungsfehlern bei den Nationalstrassen und den Rüstungsbauten. Laut dem Finanzdepartement ist dem Bund dadurch kein finanzieller Schaden entstanden. Die verantwortlichen Verwaltungseinheiten würden die Fehler korrigieren. Das Parlament verankerte diesen Vorsatz gleich im Bundesbeschluss. Der Bundesrat wird damit beauftragt, die festgestellten Buchungsfehler nachträglich in der Staatsrechnung zu korrigieren. Die berichtigten Zahlen soll er dem Parlament spätestens mit der Botschaft zur Rechnung 2018 vorlegen. (4.6.)
 - **Bundesfinanzen IV:** Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat sechs Nachtragskredite zum Budget 2018 von insgesamt 40 Millionen Franken genehmigt. Rund die Hälfte entfällt auf Investitionen für Bundesasylzentren. Diese können früher gebaut werden als geplant. Der Nachtrag I zum Voranschlag 2018 führte im Parlament zu keinen grossen Diskussionen. Der Ständerat genehmigte die Nachtragskredite oppositionslos mit 39 zu 0 Stimmen. Der Bundesrat begründet die Kredite für die Bundesasylzentren damit, dass die Bauprojekte schnell voranschritten, weil einkalkulierte Verzögerungen zum Beispiel durch Beschwerden grösstenteils ausgeblieben seien. (4.6.)
 - **Unternehmenssteuern:** Die Steuervorlage 17 wird mit der AHV-Sanierung verknüpft. Das hat der Ständerat beschlossen. Das Vorgehen soll der Unternehmenssteuerreform zum Durchbruch verhelfen. Gleichzeitig wird die Altersvorsorge entlastet. Den Deal hatte die Wirtschaftskommission des Ständerats aufgegleist. Finanzminister Ueli Maurer sprach von einem "kleinen Kunstwerk des politischen Kompromisses". Tatsächlich zeigten sich Linke und die bürgerliche Mitte geeint, wenn auch ohne Enthusiasmus. Ablehnend äusserten sich Vertreter der SVP. Das Grundkonzept der Steuervorlage hat der Ständerat unverändert gelassen. Er stimmte der Vorlage mit 35 zu 5 Stimmen bei 5 Enthaltungen zu. Diese geht nun an den Nationalrat. Sie soll in der Herbstsession bereinigt werden. (7.6.)
 - **Bundesverwaltung:** Der Ständerat will den Bundesrat nicht beauftragen, die Staatsquote und die gesetzlich gebundenen Ausgaben zu reduzieren. Er hat drei Motionen aus dem Nationalrat abgelehnt. Die Vorstösse aus den Reihen der SVP sind damit erledigt. Die Mehrheit befand, die Forderungen gingen zu weit. Zudem seien entsprechende Arbeiten bereits in Gang. Mit der ersten Motion wäre der Bundesrat beauftragt worden, die Staatsaufgaben zu überprüfen und die Staatsquote um mindestens fünf Prozent zu senken. Mit der zweiten Motion hätte er die gesetzlich gebundenen Ausgaben bis 2022 um mindestens 5 Prozent senken müssen. Die dritte verlangte, dass der Personalbestand in der Zentralverwaltung reduziert wird. (7.6.)
 - **Finanzkontrolle:** Der Ständerat hat sich mit den öffentlichen Stellungnahmen der Finanzkontrolle (EFK) auseinandergesetzt, die in der Vergangenheit wiederholt für Aufsehen gesorgt haben. Die EFK leiste gute und fundierte Arbeit, hielt ihr der Rat zugute. Aber mit politischen Äusserungen solle sie sich zurückhalten. Dieser Ansicht war auch Bundesrat Ueli Maurer. Angestossen wurde die Diskussion durch eine

Interpellation von Roland Eberle (SVP/TG). Darin kam er auf kritische Äusserungen der EFK über Abschreibungen in der Staatsrechnung 2017 zu sprechen. Sie bezweifle die Legalität einer Rückstellung von 2 Milliarden Franken, kommentierte die EFK Anfangs Jahr. Mit solchen und anderen politisch gefärbten Statements hat sich die Finanzkontrolle nicht nur Freunde gemacht. (12.6.)

- **Trust:** Das Parlament ebnet den Weg für Schweizer Trusts. Solche sind in den angelsächsischen Staaten verbreitet. Es handelt sich um ein Rechtsverhältnis, bei dem ein Treugeber Eigentum an einen Treunehmer überträgt. Damit verbunden ist die Verpflichtung, die Vermögenswerten zugunsten von bestimmten Begünstigten zu verwalten und zu verwenden. Die Kommissionen beider Räte haben bereits beschlossen, eine Gesetzesänderung auszuarbeiten. Nun will der Ständerat aber dem Bundesrat einen Auftrag erteilen. Er hat eine entsprechende Motion beschlossen. Dieser ist bereits an der Arbeit, wie Finanzminister Ueli Maurer in Erinnerung rief. (12.6.)
- **Hotels:** Der Ständerat will ein neues Mehrwertsteuer-Privileg für die Hotellerie einführen. Er hat eine Motion des Bündner CVP-Ständerats Stefan Engler angenommen, die eine "Vereinfachung" bei Packages verlangt. Dabei handelt es sich um Kombinationen von Leistungen oder Produkten, die zu unterschiedlichen Mehrwertsteuersätzen besteuert werden. Heute wird das gesamte Package vergünstigt besteuert, wenn mindestens 70 Prozent einem reduzierten Satz unterliegen. Der Ständerat will diese Schwelle auf 55 Prozent senken, so dass mehr ordentlich besteuerte Leistungen vergünstigt werden. Darüber muss nun noch der Nationalrat entscheiden. (12.6.)
- **Erdbeben:** Der Ständerat will nicht auf die Einführung einer obligatorischen Erdbebenversicherung auf Bundesebene verzichten. Er hat sich dagegen entschieden, eine Motion von Jean-René Fournier (CVP/VS) aus dem Jahr 2011 abzuschreiben. Dem Entscheid ging eine ausführliche Diskussion voraus. Schon heute ist es möglich, eine Versicherung gegen Erdbebenschäden abzuschliessen, allerdings bei einer sehr hohen Prämie. Über die Einführung einer nationalen und obligatorischen Versicherung wird schon seit Jahren diskutiert. Handeln müssten die Kantone, die in dieser Frage gespalten sind. Bundesrat Ueli Maurer plädierte ebenfalls vergeblich dafür, den Vorstoss abzuschreiben. Nun geht das Geschäft an den Nationalrat. (12.6.)
- **Schuldenbremse:** Das Parlament will die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse nicht aufweichen. Mit einer Motion hat es den Bundesrat beauftragt, eine Anpassung der bisherigen Regeln auf Gesetzesweg auszuschliessen. Nach dem Nationalrat sprach sich auch der Ständerat mit 23 zu 21 Stimmen für den Vorstoss aus. Der Bund soll nach dem Willen der Mehrheit weiterhin Schulden abbauen und nicht mehr Geld ausgeben. Angesichts der "sich eintrübenden finanzpolitischen Aussichten" sei jetzt nicht der Zeitpunkt, dieses Instrument aufzuweichen. Eine links-grüne Minderheit fordert "nach Jahren mit Überschüssen" vergeblich eine Lockerung der Schuldenbremse. (12.6.)
- **Beschaffung:** Der Nationalrat stärkt Schweizer Unternehmen bei öffentlichen Beschaffungen den Rücken. Bei der Totalrevision des Beschaffungsgesetzes hat er beschlossen, dass das Preisniveau im Land eines ausländischen Anbieters berücksichtigt werden muss. Die Warnung von Finanzminister Ueli Maurer, dies sei nicht vereinbar mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz, blieb ungehört. Die umstrittene Einschränkung des Zugangs zu Ausschreibungsunterlagen hat der Nationalrat abgelehnt. Die Revision ist nötig wegen einer Änderung des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA). Gleichzeitig werden die Regelungen von Bund und Kantonen angeglichen. (13.6.)
- **Postfinance:** PostFinance muss Auslandschweizern nicht zu ähnlichen Konditionen wie inländischen Kunden Zugang zu ihren Dienstleistungen gewähren. Der Ständerat hat eine Motion der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK) mit dieser Forderung abgelehnt. Für Auslandschweizer und Auslandschweizerinnen werde es

zunehmend schwierig, zu vernünftigen Konditionen Bankbeziehungen in der Schweiz zu unterhalten, argumentierte die APK. Hier finde eine Diskriminierung statt. Diese geht auf die strengeren Regeln für Banken als Folge der Finanzkrise von 2008 zurück. Die Umsetzung der Motion würde die PostFinance gegenüber den Privatbanken massiv benachteiligen, befand hingegen der Ständerat und folgte damit dem Bundesrat. (13.6.)

- **Kryptowährungen:** Der Bundesrat wird die Chancen und Risiken eines E-Franks prüfen. Dabei sollen rechtliche, wirtschaftliche und geldpolitische Aspekte im Zusammenhang mit elektronischem Notenbankgeld untersucht werden. Der Nationalrat hat ein Postulat von SP-Nationalrat Cédric Wermuth (AG) mit diesem Auftrag stillschweigend überwiesen. Der Bundesrat, der sich mit dem Vorstoss einverstanden erklärt hat, will sich im Bericht auch mit den Risiken für die Finanzstabilität befassen. Im Zusammenhang mit Blockchain-Technologien ist bereits eine Arbeitsgruppe am Werk. Diese soll nach Anhörungen der Branche Handlungsoptionen aufzeigen. (15.6.)
- **Zoll:** Der Nationalrat will den grenzüberschreitenden Online-Handel erleichtern. Kleinsendungen sollen vereinfacht behandelt, das Verfahren zur Einziehung gesundheitsgefährdender Medikamente effizienter werden. Eine Motion von Manfred Bühler (SVP/BE) mit diesem Anliegen wurde stillschweigend angenommen. Dieser sorgt sich um den Schweizer Detailhandel und die einheimische Produktion. Bühler fordert, die Kontroll- und Verfahrensbestimmungen zu straffen. Der Bundesrat erklärt sich bereit, den Vorstoss anzunehmen. Als nächstes entscheidet der Ständerat. (15.6.)
- **FIDLEG:** In den Schlussabstimmungen hiessen die eidgenössischen Räte mit 138 zu 57 Stimmen bei 3 Enthaltungen (Nationalrat) und 41 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen (Ständerat) das Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG) gut, mit dem der Anlegerschutz verbessert wird. (15.6.)
- **FINIG:** Der Nationalrat (mit 139 zu 56 Stimmen bei 3 Enthaltungen) und der Ständerat (mit 44 zu 0 Stimmen) genehmigten in den Schlussabstimmungen das Finanzinstitutsgesetz (FINIG), mit dem die Aufsicht über die Finanzdienstleister neu geregelt wird. (15.6.)
- **DBA mit Pakistan:** Mit 130 zu 68 Stimmen (Nationalrat) und 41 zu 3 Stimmen (Ständerat) hiessen die eidgenössischen Räte in den Schlussabstimmungen den Bundesbeschluss über die Genehmigung des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und Pakistan gut, das Bestimmungen aus dem Projekt von OECD und G20 zur Bekämpfung von Gewinnverkürzung und -verlagerung (BEPS) enthält. (15.6.)
- **DBA mit Kosovo:** In den Schlussabstimmungen genehmigten der Nationalrat (mit 133 zu 62 Stimmen bei 3 Enthaltungen) und der Ständerat (mit 42 zu 2 Stimmen) den Bundesbeschluss über die Genehmigung des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und Kosovo, das unter anderem Verbesserungen im Bereich der Besteuerung von Dienstleistungsvergütungen enthält. (15.6.)